

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abendausgabe: Die Abendausgabe des Anzeigers für das Erzgebirge erscheint täglich um 6 Uhr abends, außer an Feiertagen und an den Tagen der Winterruhe. Preis 10 Pfennig. Bestellungen: Amt Leipzig Nr. 1994

Abendausgabe: Die Abendausgabe des Anzeigers für das Erzgebirge erscheint täglich um 6 Uhr abends, außer an Feiertagen und an den Tagen der Winterruhe. Preis 10 Pfennig. Bestellungen: Amt Leipzig Nr. 1994

Nr. 290

Donnerstag, den 14. Dezember 1922

17. Jahrgang

Poincarés Wandlung.

Mit einem Gemisch von Staunen und Zweifel wird die Welt die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Poincaré zur Kenntnis nehmen, daß er niemals an eine Ruhrbesetzung gedacht habe und daß alle Veröffentlichungen über eine angebliche Wilsicht Frankreichs zu militärischen Aktionen gegen Deutschland auf Phantasie beruhten. Diese Wandlung in der Haltung Poincarés wird noch besonders reichlich unterstrichen durch die französischen Pressevertreter an amtlicher Stelle zu dem gewöhnlichen Erklärungen, bisher habe überhaupt keine französische Regierung im Ernst an die Besetzung des Ruhrgebietes gedacht.

Daß es mit dieser Umschwung in der Haltung des französischen Ministerpräsidenten ernst ist, wenigstens für den Augenblick, daran kann nicht gezweifelt werden. Er ist das Ergebnis der Rücksprache, die Poincaré mit dem Präsidenten der Republik auf Grund der aus London eingebrachten Erfahrungen gehabt hat und er wird von der französischen Presse in ausführlichen Kommentaren unterstützt und erläutert. Der Hinweis auf die schädlichen Wirkungen einer Gewalttätigkeit auf die Beziehungen zu den übrigen Mächten steht in allen diesen Pressekommentaren wieder, die auf direkten Informationen des Ministerpräsidenten beruhen, und dieser hat mit besonderem Nachdruck erklärt, daß die Sicherungen, an die er denke, keine militärische Aktion erfordern würden. Es ist natürlich notwendig, daß die Propaganda Poincarés neben die starke Negation der von ihm wie von seinem Vorgänger Briand so unbefangenen und leidenschaftlich verfolgten Politik des Scheiterns und des Nachgebens zu verweisen. Denn die Stellung Poincarés ist durch das Ergebnis von London einer starken Erschütterung ausgesetzt, und die schwere Enttäuschung, die dieses Ergebnis im Lande ausgelöst hat, wird sich ohne Zweifel in der nächsten Zukunft politisch auswirken. Ob diese Wirkung allerdings so stark sein wird, daß sie die Position Poincarés ernsthaft gefährdet, mag dahingestellt bleiben. Vom deutschen Standpunkt aus wäre das, trotz der Erfahrungen, die wir mit Herrn Poincaré gemacht haben, vielleicht nicht einmal wünschenswert, denn der Kurs, den etwa Herr Douhaeur als Poincarés Nachfolger einschlagen würde, dürfte trotz voraussichtlich nach außen hin gemäßigterer Formen im Grunde nicht auf eine abgemilderte, sondern auf eine verschärfte Politik des Druckes gegen Deutschland hinauslaufen.

Poincaré bestreitet also, mit dem Gedanken an die Ruhrbesetzung nach London gegangen zu sein, trotzdem die Pariser Presse als Opfer zu seiner Reise bereits Karten des okkupierten Gebietes mit besonderer Kennzeichnung der Städte Bochum und Essen gebracht hat. Tadel nimmt er als positive Erfolge seines Londoner Auftretens in Anspruch, daß es ihm gelungen sei, England zum Verzicht auf die Walsour-Note über die interalliierten Schulden zu veranlassen, und daß in der Regelung dieser Kriegsschuldenfrage wesentliche Fortschritte gemacht worden seien, sowie daß er das Recht Frankreichs zur selbständigen Aktion in der Frage der Garantien gewahrt und verhandelt habe. Von diesen Erfolgen trifft so viel zu, daß in London tatsächlich ein Plan des Ausgleichs der interalliierten europäischen Schulden ausgearbeitet worden ist, von dem man sich nach Erklärungen des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini ein befriedigendes Übereinkommen verspricht. Diesen Plan soll die Ende Dezember nach Amerika reisende Kommission englischer Finanzfachverständlicher unter Führung des Ministers Baldwin mitnehmen und versuchen, auch die Schuldenverpflichtungen den Vereinigten Staaten gegenüber in seine Ausgleichsabsichten einzubeziehen. Die Behauptung Poincarés dagegen, daß er den Verzicht Englands auf die Walsour-Note erreicht habe, dürfte den Tatsachen kaum entsprechen. Er hat diese Äußerung offenbar ohne Kenntnis der letzten Verhandlungen Bonar Law's getan, denn dieser hat sich über die Walsour-Note mit außerordentlich vorsichtig gewählten Worten ausgedrückt, aus denen hervorgeht, daß England zu einer Herabsetzung der französischen Verpflichtungen nur dann bereit sei, wenn eine Verständigung der Alliierten über das gesamte Reparationsproblem und als Wirkung dieser Verständigung die Verzichtung Europas erreicht wird. Diese Auffassung hat Bonar Law neuerdings im Unterhause bekräftigt, und unter ihrem Eindruck kommentiert bereits ein Teil der französischen Presse Poincarés Behauptung von seinen Folgen.

Der Umschwung, der sich in der Politik Poincarés andeutet, wird deutlicher werden, wenn der französische Ministerpräsident, wie er beabsichtigt, am Freitag vor der Kammer sprechen wird. Es ist anzunehmen, daß er trotzdem einen starken parlamentarischen Rückhalt behalten wird. Gleichwohl aber ist die Verabschiedung des

Wilsches, die sich jetzt in Paris vollzieht, von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung, die die Dinge bis zum 2. Januar nehmen sollen. Es ist daher sehr wertvoll, daß der Vertreter der deutschen Interessen in London, Staatssekretär a. D. Bergmann, auf der Rückkehr nach Berlin in Paris Aufenthalt nehmen wird. Auch wenn dadurch die Möglichkeit fehlen sollte, den deutschen Reichstag noch vor der Jahreswende über den Stand der Dinge zu unterrichten, so darf man doch hoffen, daß der Wille der deutschen Regierung zu aktivem Mitwirken an der Gestaltung der nächsten Entwicklung den Boden, der sich ihm bietet, fruchtbringend zu bearbeiten versteht und vermag.

Die wahren Absichten der französischen Imperialisten.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erlesenz sprach am vergangenen Sonntag in einer demokratischen Versammlung in Koblenz über die politische Lage und die Rheinlandfrage. Für Deutschland sei jetzt die Stunde gekommen, erklärte er, mit den alliierten Regierungen klar und offen über die Herabsetzung der Kriegsschadigungen zu reden. Die Regierung werde den Alliierten erklären müssen, daß sie entweder eine der deutschen Leistungsfähigkeit entsprechende Herabsetzung genehmigen oder aber sich damit abfinden müssen, daß sie infolge der zwangsläufig erfolgenden restlosen Fortsetzung der deutschen Wirtschaftskraft überhaupt nicht mit Realisierung ihrer Forderungen rechnen könnten. Jeder seien in Frankreich Kräfte am Werk, die zu agitatorischen Zwecken die offenen Wunden Frankreichs nicht zur Heilung kommen lassen wollen. Charakteristisch dafür sei die kürzlich erfolgte Äußerung eines heute maßgebenden Staatsmannes Frankreichs, der in der nächsten Zeit noch eine wichtige Rolle spielen und dessen Name zu gegebener Stunde der Öffentlichkeit bekannt gegeben werde. Diese Äußerung laute: „Ich lehne es ab, unsere Diplomatie von unseren Finanzen abhängig zu machen. Ich weiß, daß eine sekundäre Wunde nicht tödlich ist. Wir gehen ganz einfach der dauernden Besetzung des linken Rheinufers entgegen. Ich fühle mich dabei sehr wohl. Wir würde es noch tun, wenn Deutschland zahlte. Dann müßten wir das Rheinland räumen, und so würden wir dem Nutzen unserer Experimente verlieren, die wir unternehmen, um friedlich, aber mit den Waffen in der Hand, die Bevölkerung am Ufer des Grenzflusses zu erobern. Halten Sie es für besser, das Geld einzulassen oder neues Gebiet zu erobern? Ich selbst lehne die Besetzung und die Eroberung dem Geld einstreichen und der Reparation vor. Daher werden Sie es verstehen, warum wir eine starke Armee, einen wachen Patriotismus brauchen, und das einzige Mittel, den Versailler Vertrag zu retten, darin besteht, es so einzurichten, daß unsere Gegner, die Besten, ihn nicht halten können. Wenn Deutschland die in Versailles eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, wäre es um die Macht unserer Armee getan. Dann müßte abgerüstet werden.“ Die Versammlung nahm von dieser Äußerung mit höchster Entrüstung Kenntnis und sagte unter dem Eindruck der dem Rheinland drohenden Gefahr einstimmig eine Protestentscheidung.

Englands Antwort an den deutschen Reichskanzler.

Englands Antwort an den deutschen Reichskanzler. Wie berichtet wird, ist die Antwort des englischen Ministerpräsidenten auf den Brief des Reichskanzlers Luno in Berlin eingetroffen. Die Erwiderung, die nur verhältnismäßig kurz ist, befaßt im allgemeinen, daß die von Deutschland gemachten Vorschläge unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht geeignet seien, eine Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen.

Garantien durch die deutsche Industrie. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß neuerdings eine Fühlungnahme zwischen der englischen und der deutschen Regierung über die Frage der Anleihe stattgefunden habe. Die Initiative dazu soll von der englischen Regierung ausgegangen sein, die dem Wunsch Ausdruck gegeben habe, von der Reichsregierung darüber unterrichtet zu werden, ob die deutsche Industrie unter Umständen geneigt sei, eine Anleihe zu garantieren, und wenn das der Fall ist, unter welchen Bedingungen.

Amerika von der deutschen Note bekräftigt. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, falls Frankreichs Besetzung des Ruhrgebietes beginnen und Großbritannien dies protestierend zulassen sollte, werde sich die Stimme Amerikas energisch gegen diese Sanktion erheben, die als zu schädlich für den Welthandel angesehen werde. In sehr maßgebenden amerikanischen Kreisen sei die von den alliierten Staatsmännern verworfene deutsche Note vor Unterbreitung geprüft und als angelegene Grundlage für Verhandlungen angesehen worden.

Poincaré droht weiter. Poincaré gab gestern einigen Journalisten Erklärungen über die Londoner Verhandlungen, aus denen folgender Satz hervorgehoben ist: Die Zeit der leeren Drohungen ist vorbei, wir sind entschlossen zu handeln, und selbst wenn die Reparationskommission ein neues Memorandum für Deutschland beschäufte, würde.

Die Lasten der Militärkontrolle.

Die Verwaltungsbehörde der Interalliierten Militärkontrollkommission hat der deutschen Regierung ihre Kostenrechnung für den Monat Dezember in der Höhe von über 100 Millionen Papiermark überreicht. Bereinigungsgemäß werden die Kosten der Interalliierten Militär- und Marinekontrollkommission eingebracht in den allgemeinen jährlichen Besatzungskostenfonds von 230 Goldmillionen, die durch Sachleistungen von Deutschland abzudecken sind. Da nach Auffassung der deutschen Regierung die Deckung der 230 Goldmillionen dieses Jahr bereits durch Sachleistungen überschritten ist, könnte die Dezemberrechnung der Interalliierten Militär- und Marinekontrollkommission nicht ohne weiteres anerkannt werden. Sie konnte um so weniger anerkannt werden, da die Interalliierte Militär- und Marinekontrollkommission es noch wie vor ablehnt, eine Detailierung ihrer Kostenrechnungen auszustellen. Eine solche würde aber dem deutschen Volke unter anderem vor Augen führen, daß sogar die Ausgaben für den von der Interalliierten Militär- und Marinekontrollkommission gehaltenen Spionageapparat und die für Waffen- und andere Demunziationen an Deutsche gezahlten „Belohnungen“ von der deutschen Regierung zu tragen sind.

Die Verlängerung der Arbeitszeit vor dem Reichswirtschaftsrat.

Der Reichswirtschaftsrat wählte an Stelle des bisherigen ersten Stellvertretenden Vorsitzenden Adolf Cohen, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat, den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Velpard und begann die Beratung der Gesetzentwürfe über die Arbeitszeit der Angestellten. Nach dem vom sozialpolitischen Ausschuss mit vierzehn gegen zwölf Stimmen angenommenen Gutachten wird im allgemeinen die 48-Stundenwoche, ausschließlich der Pausen, gesetzlich festgelegt. Ueberarbeit kann, wenn eine vertragliche Vereinbarung nicht aufgefunden wird, von der zuständigen Schlichtungsbehörde bestimmt werden. In besonderen Fällen kann das Reichsarbeitsministerium ein besonderes Schiedsgericht einlegen. Max Cohen erklärte sich als grundsätzlicher Gegner des Nachstundentages in der bisherigen Form. Allerdings sei im Augenblick die vom Ausschuss gefundene Lösung die beste. Die Verlängerung der Arbeitszeit sei nicht das einzige Mittel zur Hebung der Produktion, aber zweifellos das, das am schnellsten wirke, und äußerste Schnelligkeit sei geboten. Allerdings müsse die Verlängerung aus der Einsicht der Arbeiter in die Not der Zeit herauskommen.

Dr. Habersbrunner (Arbeitgeber der Industrie): Das Gesetz müsse jedenfalls so elastisch ausgestaltet werden, daß es sich den Bedürfnissen der Wirtschaft anpassen könne. Zu diesem Zweck müsse es neben den gesetzlich festgelegten Ausnahmen die Möglichkeit gewähren, durch behördliche Zustimmung, sowie durch tarifliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer diejenigen weiteren Befreiungen zu schaffen, die im Interesse der Allgemeinheit sich als notwendig erweisen. Partung (Freie Berufe): Der Mittelstand und der getrigge Beruf seien zugrunde gerichtet, weil man bei der Revolution durch Verkürzung der Arbeitszeit glaubte, die wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf stellen zu können. In acht Stunden läßt sich eben nicht so viel leisten, wie in neun und zehn Stunden. — Wilhelm Weckmann (Arbeitnehmervertreter des Handels): Die schnellste Bergabwärtsbewegung der Vorlage sei schon aus außenpolitischen Gründen notwendig. Es schmerz wird die Einigung durch die Absicht der Arbeitgeberkreise, die behördliche Regelung der Arbeitszeit vor die tarifliche zu stellen. Die Wehrleistung müsse freiwillig geschehen. — Urban (Arbeitnehmer des Handels) meinte, daß sich bei dem guten Willen der Arbeitnehmer der Nachstundentag reibungslos durchführen ließe, ohne Schädigung der Rentabilität der Betriebe. — Gieseler (Arbeitnehmervertreter der Industrie) führte aus, daß die nach Einführung des Nachstundenarbeitszuges eingetretene Produktionssteigerung wieder ausgeglichen sei. — v. Siemens (Arbeitgeber in der Industrie) stellte fest, daß das Zeitlängennach nicht als von maßgebender Bedeutung angesehen werden könne. Es komme vielmehr auf die Intensität und die ständige Auffassung der Arbeit an. Er bestreite nicht, daß es Betriebe gäbe,

die Arbeit und Produktion wie früher. Die Ernteproduktion ist aber unzureichend. Sie läßt sich auf höchstens 70 Prozent. — Kärnten (Arbeitsminister im Reichstag) und Dr. Müller (Arbeitsminister im Reichstag) traten heute ein, daß die Maßnahmen zum Selbstversorgungs im Winter den fachen Berechnung getroffen werden.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Im Reichstag hat es am gestrigen Mittwoch zwei Sitzungen gegeben. Am Donnerstag fand eine Besprechung des Parlamentes mit Vertretern der kommunalen Verwaltungen des Deutschen Städtebundes, des Reichs-Städtebundes, des Bundes deutscher Landkreise und des Deutschen Landgemeindeförderungsbundes statt, in der das Landkreisegesetz erörtert wurde. Die Vertreter der großen Verbände schloßen die finanzielle Notlage und legten dem Parlament ihre Wünsche hinsichtlich der Steuererleichterung dar. Namentlich der Dresdener Oberbürgermeister Wäcker betont mit eindringlichen Worten die Unmöglichkeit für die Gemeinden, ihren sozialen Aufgaben gerecht zu werden, wenn ihnen nicht höhere Beiträge aus der Einkommensteuer, den Besoldungsgeldern und der Umsatzsteuer zugesichert werden, und er forderte u. a. eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 8 %. Auch der Münchener Oberbürgermeister Schmid unterbreitete diese Wünsche, für die sich auch weitere Redner lebhaft einsetzten. Der Vertreter des Deutschen Landgemeindeförderungsbundes verlangte für die Gemeinden die Rückkehr zu dem eigenen unbeschränkten Steuerrecht, das allein eine gesunde Fortentwicklung für sie ermöglichte. Die Ausführungen der kommunalen Vertreter werden für die bevorstehenden Beratungen des Parlamentes als Material, freilich auch als Gegenstand scharfer Diskussion, von großem Werte sein.

Die Nachmittagsitzung, die dann wieder dem Fortgang der parlamentarischen Arbeit galt, zeigte nur einen schwachen Besuch, dafür aber ein desto lebhafteres Tempo. In kaum zehn Minuten waren von den neun Punkten der Tagesordnung sieben abgetan. Unter anderem wurde die Aufhebung der Landesversicherungsanstalten Westpreußen und Posen beschlossen. Das Gesetz über das Verfahren in Verordnungsachen erfuhr eine debattelose gutgeheißene Erweiterung der Befugnisse der richterlichen Beamten, damit die Eingänge schneller erledigt werden können. Auch die Abänderung der Gewerbeordnung, durch die dem Handwerk und Gewerbeamtstag öffentliche-rechtliche Befugnisse gegeben werden, wurde ohne Debatte angenommen. Nachdem dann die Novelle zur Zwangsleihe an den Steuerausgleich überlesen und unweilendliche Vorlagen erledigt waren, gab es die erste Aussprache bei dem Nachtragsetat für das Reichsarbeitsministerium. Von kommunistischer Seite wurde bemängelt, daß bei den Personalverkürzungen falsche Sparmaßnahmen getrieben werde. Weiteren Beschwerden gegenüber mied der Reichsarbeitsminister Strauß darauf hin, daß die Grenze der Bezugsberechtigung für Sozialrentner auf 48 200 Mark erhöht worden sei. Er hielt es für angemessen, die Gemeinden gesetzlich zu verpflichten, daß sie die Fürsorge für die Kleinrentner übernehmen. Der Minister betonte, die Regierung sei sich klar darüber, daß die Unterstützung der Sozialrentner hinter dem Bedarf zurückbleibe, aber das Reich könne leider nicht mehr leisten. Der Etat wurde dann nach den Beschlüssen des Ausschusses erledigt und die Novelle zur Einkommensteuer von der Tagesordnung abgesetzt, da noch Verhandlungen schweben. Das Haus vertagte sich dann auf Donnerstag, wo die Einkommensteuer, das Gesetz über die Kapitalflucht und kleinere Etats beraten werden sollen.

Bayern und Sachsen.

In Bayern vollzieht sich gegenwärtig eine außerordentlich bedeutende Entwicklung. Der Gedanke, sich einen eigenen Staatspräsidenten zuzulegen, hat dort an

den maßgebenden Stellen die Oberhand gewonnen. Man hat sich gegen die Einsetzung eines Staatspräsidenten nicht das Geringste erwidert, wenn man aber auf die Motive blickt, so bekommt die Sache ein weitbedeutendes Aussehen. Denn es handelt sich dabei um nichts mehr und nichts weniger, als um das Versehen, auf dem Wege eines vom Volk zu wählenden Staatspräsidenten die Wahl für den Kronprinzen Rupprecht zur Spitze des bayerischen Staates festzumachen. Wie ganz die Strafe vom Staatspräsidenten zum Monarchen in solchen Fällen sein kann, zeigt die napoleonische Geschichte. Wenn freilich auch jetzt im bayerischen Landtag die nötige Zweidrittelmehrheit nicht aufzubringen sein wird, so scheinen die sechshundert Wähler die Sache doch so aufzulösen zu wollen, daß sie bei den nächsten Wahlen agitatorisch fast ausgenutzt werden kann. Die Entwicklung läßt ganz offen das monarchistische Tendenz erkennen. Gerade gegenteilig zeigt sich die Entwicklung in Sachsen. Dort hat die neue Regierung in ihrer programmatischen Kundgebung sich ganz einseitig sozialistisch eingestellt. Das bayerische Konflikt mit den wachsenden demokratischen Strömungen des Landes nicht ausblenden können, liegt auf der Hand. Das Land wird solange zu keinem wirklich befriedigenden Zustand seiner innerpolitischen Entwicklung kommen, als nicht auch dort die Sozialdemokratie die organische Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Kräften als auch eine für sie notwendige Konsequenz ihrer Politik betrachtet. Underschied hat sich die Sozialdemokratie zu dieser Erkenntnis durchgerungen, und die Stimmen bedeutender Sozialdemokraten, die der großen Koalition das Wort reden, haben sich in der letzten Zeit gemehrt. Für Sachsen scheint es so, als ob diese Erkenntnis nur unter schweren neuen Schritten der Kommunisten geboren werden könnte.

Die Politisierung der Justiz.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Richterbundes hat auf seiner Tagung in Bamberg eine Entschlieung gefaßt, in der es u. a. heißt:

„Wehr denn je werden heute gerichtliche Entscheidungen nach politischen Wünschen und Anschauungen beurteilt; bei der Ausgestaltung des gerichtlichen Verfahrens und der Besetzung der Gerichte sollen immer mehr politische Gesichtspunkte in die Rechtsprechung einfließen und namentlich soll das Berufsrichtertum zurückgedrängt und allmählich lahmgelöst werden. Die deutschen Richter sehen es als ihre selbstverständliche Pflicht an, nur nach Recht und Gerechtigkeit zu urteilen. Es ist für sie ohne Belang, welcher politischen Bekanntheit die vor Gericht stehenden anhängen. Der Deutsche Richterbund wendet sich daher mit Entschiedenheit dagegen, daß Urteile ohne Würdigung des vollen Sachverhaltes als politisch beeinflusst hingenommen werden.“

Ganz besonders bedauert es aber der Deutsche Richterbund, daß auch einzelne Richtertreue, in Verkennung der wahren staatlichen Aufgaben des Richtertums, Wege eingeschlagen haben, welche den Wiederaufbau nur auf das Schwerste schädigen können. Es befindet keine Veranlassung, einen Republikanischen Richterbund zu gründen und so den Anschein zu erwecken, als wären nur seine Mitglieder von der einzig wahren Verfassungsgestaltung erfüllt. Der Deutsche Richterbund lehnt daher den Republikanischen Richterbund entschieden ab.

Kleine politische Meldungen.

Verbot der „Rheinischen Zeitung“. Nach Mitteilung der Rheinischen Zeitung verbot der kommandierende General Beaurain in Duisburg die „Rheinische Zeitung“ auf die Dauer von 8 Tagen, mit der Begründung, lägenhafte und boshafte Bemerkungen zu dem Artikel „Belgische Kriegsgerichtsurteile“ in Nr. 265 vom 8. Dezember gebracht zu haben. Es handelt sich um die Beurteilung des belgischen Polizeibeamten Schmitz wegen Erschießung eines deutschen Polizeibeamten in Domburg.

Die Ueberlieferung des Holzes. Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der Frage der Holzbeschaffung zu ermäßigten Preisen. Gegenüber dem, von den Fortbewertern der Länder eingenommenen Standpunkt, daß sie den Trägern des Wohnungsbaues wohl direkt das erforderliche Holz zuführen wollen, aber nur zu einem, auf den Tagespreisen beruhenden Sage, Wohlfahrtsministerium aber

und Finanzministerium für nachweislich heranzubringen, die Holzbeschaffung von einem Holzgeschäft, welches der Holzbeschaffung von einem Holzgeschäft gelehrt werden muß, bei in einem erweiterlichen Verhältnis zum Preisverhältnis liegt. Die Regelung der Holzbeschaffung soll der Entscheidung der Länder überlassen werden, bekannt wurde, daß ein von den Bundesländern der Preisverhältnis der Holzbeschaffung zugrundegelegt wurde. Für diesen billigen Preis stände nur etwa 2 Prozent des Einkommens in Betracht, damit würde der Gesamtetat kaum um 8 bis 4 Prozent heruntermittelt.

Von Stadt und Land.

Am 14. Dezember 1922.

Notgemeinschaft Aus.

Um die allernötigste Not, die in weiten Volksteilen besteht, lindern zu können, haben sich im Deutschen Reich, wie wir schon mehrfach berichtet, Arbeitsgeber und Arbeitnehmer zu einer

deutscher Notgemeinschaft

zusammengeschlossen. Durch Abgabe eines Stundenlohnes und entsprechenden Beträge des Beamten und Angestellten, sowie der Gewerbetreibenden und Industriellen sollen in der Hauptsache die Mittel aufgebracht werden, die zur Beseitigung der Not der Armen Verwendung finden sollen.

Auch in unserer Stadt hat das Sammelwerk begonnen und werden diejenigen Kreise, die ihr Rotopfer bei dieser wirtschaftlichen Organisation einbringen können, gebeten, der Notgemeinschaft ausgedehnte Beiträge in der Stadtkasse Aus, Konto Nr. 1822 abzuliefern.

Eine öffentliche Stadtvorstandssitzung findet Freitag, den 15. Dezember 1922, nachm. 10 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungslokal statt. Tagesordnung: 1. Abänderung der Befolungsordnung nach einer Verordnung der Reichshauptmannschaft. 2. Erhöhung des Wasserpreises. 3. Erhöhung der Gebühr für die Grundrenten und die städtische Düngrabfuhr. 4. Erhöhung der städtischen Beiträge für die Gemeindebedienante. 5. Antrag zum Ortsgesetz über die in aus laugen Gebäuden. 6. Antrag zum Ortsgesetz über das Kaufmannsgericht. 7. Desgl. zum Ortsgesetz für das Gemeindegericht. 8. Bewilligung der Kosten zur Einrichtung besserer Beleuchtung im Lehrzimmer der 2. Bürgererschule.

Ortskrankenkasse Aus. Unsere Leser machen wir auf die in der heutigen Nummer enthaltene Bekanntmachung der Ortskrankenkasse Aus über eine weitere Erhöhung der Grundlöhne und Lohnstufen aufmerksam. Nach der am 11. Dezember in Kraft getretenen Verordnung des Arbeitsministers über Versicherungspflicht, Versicherungsübertragung und Grundlöhne in der Krankenversicherung vom 1. Dezember 1922 muß der niedrigste Grundlohn 600 Mark und kann der höchste 1800 Mark betragen. Mit Rücksicht darauf, daß in den letzten Wochen die Löhne erheblich fortgeschritten sind und mit einer weiteren Preissteigerung gerechnet werden muß, haben es die Vorstände der Ortskrankenkassen des amtschauptmannschaftlichen Bezirks für notwendig gehalten, bereits jetzt auf die höchste Grundlohnsgrenze von 1800 Mark auszumachen, zumal auch das Krankengeld bei dem bisherigen höchsten Grundlohn von 600 Mark keinesfalls dem jetzigen Stande der Löhne standgehalten hat. Der Umstand, daß Anspruch auf die anlässlich der weiteren Grundlohnserhöhung zu gewährenden erhöhten Leistungen erst nach einer Wartzeit von 8 Wochen besteht, wird in den Kreisen der Versicherten eine gewisse Unruhe hervorzurufen. Die fragliche, zwingenden Charakter habende Bestimmung ist jedoch in der Verordnung mit gewissem Vorbedacht ausgenommen worden. Sie hat den Zweck, den Krankentagen die Mittel zuzuführen, der sie vom Inkrafttreten der erhöhten Leistungen ab dringend bedürfen. Die Krankenvorstände selbst sind nicht in der Lage, an dieser Bestimmung Änderungen einzutreten zu lassen. Weiter ist in der erwähnten Verordnung der Krankenversicherungszwang bei „Angestellten“ von 204 000 Mark bis zum Jahresarbeitsverdienst von 780 000 Mark ausgedehnt worden. Für Arbeiter, Gehilfen und Dienstboten besteht eine obere Verdienstgrenze nicht.

Auszahlung von Feuerungsgeldern. Die Eisenbahn-Ruhegehalts-, Witwen- und auch die Rentnempfänger erhalten Freitag, den 15. Dezember 1922 Feuerungsgeldern ausgedehnt. Die Auszahlung von vorm. 9-12 Uhr und nachm. von 2-5 Uhr.

Einen Weihnachtabend hält die christl. Elternvereinsigung morgen Freitag, den 15. Dezember abends 7 Uhr im Bürgerpark ab. Die Feier wird von Alt und Jung begrüßt und besucht werden. Dem schlägt nicht in diesen Tagen das Herz höher wenn er vom lieben Weihnachtstag nur hört. Und unsere Kinder besonders strahlen Freude über Freude aus. Unter anderem kommen zum Vortrag Begr. zur Aufklärung

Wenn die Aehren reifen.

Erzählung von Deontine von Winterfeld-Platen. (18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Ursula saß in ihr Zimmer, wo das Bett seit drei Tagen unberührt stand. In das weitoffene Fenster trat sie mechanisch und starrte in den blühenden Garten. Wie still es war! Auch auf dem Korridor kein Laut, kein Atem. Wer hatte den Kindern gesagt, daß sie leise sein sollten? Sie nicht — sie ganz gewiß nicht. Sie hätte seit jener furchtbaren Nacht noch keinen einzigen Gedanken lassen können.

Durch das ganze Geräusch der Wachen sah sie von hier oben den Guntiger Kirchturm schimmern. Da fiel es ihr plötzlich ein, daß sie ja seit drei Tagen nicht bei Hans Rappert Grad gewesen. Sie fuhr auf. Da klopfte es leicht an die Tür. Mansfeld mit vorgewaschenen Augen steckte den Kopf durch die Spalte.

„Der Herr Professor möchte gnädige Frau gerne sprechen. Er wartet unten in der Bibliothek.“

Ueber die langen Bücherreihen und Klubstühle in der großen getäfelten Bibliothek schlichen die Bräutigamsnennstrahlen wie klägliches Gold.

Am Billard stand hoch und ernst der Berliner Professor, mit der Linken den langen weißen Vordarm festhaltend.

Der Wagen, der ihn zur Wahr bringen sollte, fuhr draußen schon ums Rondell. Er hatte nur noch wenig Zeit. Sein durchdringender Blick ruhte auf Ursula. „Wie vertreten hier die Mutter im Hause, nicht wahr? Ihnen bin ich also volle Wahrheit schuldig. Ich habe den Patienten unterzucht, aber ich kann auch nichts mehr machen. Es handelt sich nur noch um Tage. Ich erbitte Sie, die Eltern zu benachrichtigen.“

Ursula starrte ihn an, wie entsezt.

„Sein Vater lebt nicht mehr, und die Mutter liegt selber schwer krank in einer Klinik.“

„Sie ist es abgebrochen, flammend hervor.“

Der Professor legte ihr die Hand auf die Schulter — väterlich — in höchstem Impuls.

„Arme, gnädige Frau, dann ruht alles auf Ihnen.“

Der Patient ist sehr geschwächt, muß auch vorher schon sehr hart gewesen sein. Die Leute reden von einem Unglücksfall. Ich glaube daran nicht. Ich habe mit dem besten Arzt alles besprochen, er weiß genau Bescheid. Ich muß jetzt fort.“

Und dann verneigte er sich, sie hörte eine Tür ins Schloß fallen und dann Wagenrollen.

Ueber sie stand immer noch regungslos und rührte sich nicht. Die eisernen Hammerschläge dröhnten ihr die Worte auf Haupt und Herz und suchten sie zu zermalmen.

„Als Leute reden von einem Unglücksfall, ich glaube daran nicht.“

Nicht einen Augenblick hatte sie vorher davon gewußt, daß er ein Unglück gehabt hatte. Jetzt war plötzlich etwas gerissen vor ihr, wie ein Vorhang, und sie sah dahinter die Wahrheit, die nachts kalte Wahrheit.

Jede Einzelheit an jenem Abend rief sie sich ins Gedächtnis zurück. Wie er den Trauermarsch spielte, wie die Umfel auf dem Tannenwipfel gesungen, wie er zu ihr gekommen auf die weiße Bank im Garten und sie mit heißen, hungrigen Augen gestarrt hatte, ob sie an Gott glaube. Und wie er dann von ihr gegangen, so groß und schlank durch das weiße Tor — ins Abendrot. Holz hatte schon dreimal geklopft und keine Antwort erhalten. Da öffnete er die Tür und sah sie stehen in ihrem schwarzen Sammet.

Gang schlüchtern flüsterte er:

„Über gnädige Frau müssen endlich etwas essen.“

„Ich kann es ja auch selber bringen.“

„Sie schätzte nur den Kopf.“

„Dann, als bekanntes Sie sich, fragte sie schwache, abwesend:“

„Wo sind die Kinder?“

„Die hat Frau Pastor Kirsten vorpfeifen gleich ins Pfarrhaus genommen, sie meinte, die würden hier nur stören. Und Fräulein Kuller dazu.“

„Er wußte nicht, ob Ursula ihn geduldet hatte, denn sie antwortete nicht. Er wartete noch eine Weile, dann ging er lautlos wieder hinaus.“

Am Nachmittag kam Pastor Kirsten und wollte Ursula sprechen. Sie sah immer noch in der Bibliothek zusammengesauert, ihr Dien mit Fragen und Fragen marternd.

„Wie ein ferner Strom“ die Worte des alten, ehrwürdigen Mannes an ihrem Ohr vorüber.“

Sie wußte nachher nichts mehr davon, was er sagt hatte. Als es Abend wurde, ging sie nach oben. Sie mußte Ursula noch einmal sehen. Und sie wußte sich doch so davor — o so namenlos.“

Im matten Licht lag das Krankenzimmer. Bedenkt hinter grünem Schirm brannte die Lampe. Am Fußende des Bettes saß die Krankenschwester mit dem stillen ernsten Gesicht, in der weißen Haube. Auf der anderen Seite der Art, der den Puls fühlte. Regungslos lag Ursula — schneeweiß. Seine Augen waren geschlossen. Lebte er denn überhaupt noch? Oder flackerte feines Lebens flammte auch so unruhig auf und nieder wie das kleine ängstliche Kerzchen im Aufsteigen des Bräutigamsabends, der durch das halbgeöffnete Fenster kam? Bekte auf den Besenstippen schlich sie an das Bett und sah den Arzt fragend an.

Die Postgebühren ab 15. Dezember.

Die Gebühren, die vom 15. Dezember an im Post-, Telephon- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Für Postkarten im Ortsverkehr 5 RT., im Fernverkehr 15 RT.

Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 10 RT., über 20 bis 100 g 15 RT., über 100 bis 250 g 25 RT.

Für Briefe im Fernverkehr bis 20 g 25 RT., über 20 bis 100 g 35 RT., über 100 bis 250 g 45 RT.

Für Drucksachen bis 25 g 5 RT., über 25 bis 50 g 10 RT., über 50 bis 100 g 15 RT., über 100 bis 250 g 25 RT., über 250 bis 500 g 35 RT., über 500 g bis 1 kg 45 RT., über 1 bis 2 kg (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände zulässig) 90 RT.

Für Aufschlachten, auf deren Vorderseite Größe oder Ähnliches mit höchstens 5 Worten geschrieben sind, 5 RT.

Für Geschäftsbriefe und Mitteilungen bis 250 g 25 RT., über 250 bis 500 g 35 RT., über 500 g bis 1 kg 45 RT.

Für Warenproben bis 250 g 25 RT., über 250 bis 500 g 35 RT. (Nicht freigelegte Drucksachen, Geschäftsbriefe und Warenproben werden nicht befördert.)

Für Pakete bis 1 kg 50 RT.

Für Pakete		Stations	Fernstationen
Über	bis	125 RT.	250 RT.
5	8	150	300
8	7	175	350
7	8	200	400
8	9	225	450
9	10	250	500
10	11	275	550
11	12	300	600
12	13	325	650
13	14	350	700
14	15	375	750
15	16	400	800
16	17	425	850
17	18	450	900
18	19	475	950
19	20	500	1000

Für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt für je 3000 RT. 20 RT.

Für Postanweisungen bis 100 RT. 12 RT., über 100 bis 200 RT. 20 RT., über 200 bis 500 RT. 30 RT., über 500 bis 1000 RT. 40 RT., über 1000 bis 2000 RT. 50 RT., über 2000 bis 5000 RT. 60 RT., über 5000 bis 20 000 RT. 80 RT. (Reisbetrag ist von 10 000 auf 20 000 RT. erhöht.)

Die Einschreibgebühr ist auf 20 RT. erhöht, die Vorseitgebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 12 RT. festgesetzt.

Für die Gütebestimmung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 30 RT., für ein Paket 60 RT., für eine Briefsendung nach dem Landbestellbezirk 90 RT., für ein Paket 120 RT.

Für bar eingezahlte Briefarten bis 100 RT. einschl. 6 RT., über 100 bis 200 RT. einschl. 10 RT., über 200 bis 500 RT.

einschl. 15 RT., über 500 bis 1000 RT. einschl. 20 RT., über 1000 bis 2000 RT. einschl. 25 RT., über 2000 bis 5000 RT. einschl. 30 RT., über 5000 bis 20 000 RT. einschl. 40 RT., für je weitere 10 000 RT. oder einen Teil dieser Summe mehr 20 RT., für bargezahlte beglichene Briefarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 100 RT. für eine Briefart; für Kassenscheine, die bargezahlte beglichen werden 1 vom Tausend des Scheinbetrags, für Vorauszahlungen mit Postcheck 5 vom Tausend des Scheinbetrags.

Im Telegraphenverkehr

und die wichtigsten Gebühren:

Für Ferntelegramme Grundgebühr 40 RT. und außerdem für jedes Wort 20 RT.

Für Ortstelegramme Grundgebühr 20 RT. und außerdem für jedes Wort 10 RT.

Für Zustellung bei ungenügender Anschrift 80 RT.; für abgefertigte Telegramm-Anschriften jährlich 8000 RT.; für regelmäßige besonders Zustellung jährlich 9000 RT.; für Vorauszahlung der Gütebestimmung (ZP) 90 RT.; für Erstattung der Telegrammgebühren monatlich 60 RT., außerdem für jedes Telegramm 8 RT.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Pakete nicht zugelassen), sowie nach dem Gebiet von Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Desterreich (Pakete nach beiden Ländern nicht zugelassen).

Die Auslandsgebühren betragen:

Für Postkarten 50 RT., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 40 RT.

Für Briefe bis 20 g 80 RT., jede weiteren 20 g 40 RT. (Reisgewicht 2 kg), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 g 60 RT., jede weiteren 20 g 40 RT.

Für Drucksachen für je 50 g 15 RT.

Für Geschäftsbriefe für je 50 g 15 RT., mindestens 80 RT.

Für Warenproben für je 50 g 15 RT., mindestens 30 RT.

Gütebestellgebühr für Briefsendungen 100 RT., Einschreibgebühr 20 RT., Aufschreibgebühr 20 RT., Vorseitgebühr für Nachnahmen auf Briefsendungen 15 RT.

Gewichtgebühr für Wertbriefen für je 50 g 30 RT., mindestens 100 RT. (dazu Einschreibgebühr von 20 RT.)

Versicherungsgebühr für Wertbriefe und Wertpakete für je 30 000 RT. 50 RT.

Postanweisungsgebühr bis 5000 RT. 50 RT., über 5000 bis 10 000 RT. 100 RT., jede weiteren 10 000 RT. 50 RT., jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Ausland für jede weiteren 10 000 RT. 100 RT.

Behandlungsgebühr für Wertpakete 20 RT. (Versicherungsgebühr unbenutzt).

Nachnahmegebühr für Pakete 50 RT. für je 5000 RT. des Nachnahmebetrags.

Vermischtes.

Die Krone zeigt, die Einnahmen fallen. Unter dem günstigen Stand der tschechischen Krone dabei die böhmischen Weltüber (Krone) zu leiden. Die Bilanz des Karlsbader Babebetriebes, von dem während des Sommers ständig nur Günstiges gemeldet wurde, schließt mit einem Fehlbetrag von 20 Millionen tschechischen Kronen, das sind nach dem heutigen Stande 44 Millionen Mark. Der Karlsbader Mineralwasserbetrieb hat unter der Exportkrise so gelitten, daß 75 v. D. der Arbeiter entlassen werden mußten.

Hunderttausend Mark Wochenverdienst. Die Diamant-schleiferei des Kreises Offenbach hat Hochkonjunktur. Das wöchentliche Durchschnittseinkommen eines Diamantschleifers beläuft sich auf mehr als 50 000 Mark. Geübte Arbeiter verdienen 100 000 Mark und mehr in der Woche. Die Diamantschleifer legen die Löhne größtenteils in Grundstücken und Häusern an. Nicht nur in den kleineren Ortschaften, sondern auch in Offenbach und Frankfurt a. M. sind Häuser in ihren Besitz übergegangen.

Bekanntmachung.

Ortskrankenkasse Aue.

Aufolge Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. Dezember 1922 hat der Kassenvorstand vom 11. Dezember 1922 ab den Grundlohn von 500 RT. auf 1800 RT. erhöht. Dadurch wird die bisherige Einteilung der Grund- und Lohnstufen wie folgt erweitert:

Kategorie	Grundlohn	Wochenbeitrag	Tagesverdienst	Zugabeleistungen	Tägliche Rente
XIV	750 RT.	225 RT.	625.01 bis 875 RT.	450 RT.	525
XV	1000	300	875.01 " 1125 "	600	700
XVI	1250	375	1125.01 " 1375 "	750	875
XVII	1500	450	1375.01 " 1650 "	900	1050
XVIII	1800	540	1650.01 " und mehr 1050	1280	

Nach § 10 Abs. 2 dieser Verordnung besteht Anspruch auf die infolge dieser Grundlohnsteigerung zu gewährenden erhöhten Leistungen erst vom 22. Januar 1923 ab.

Weiter ist nach erwähneter Verordnung der Krankenversicherungsbeitrag bei Betriebsbeamten, Werkmeistern, Handlungsgehilfen usw. bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 720 000 RT. erstreckt worden.

Die Herren Arbeitgeber werden hierdurch ersucht, die durch vorstehende Grundlohnsteigerung notwendig werdenden Lohnveränderungsanzeigen sowie die Anmeldungen der Betriebsbeamten usw. umgehend an Kassenstelle eingzureichen.

Aue im Ergebe, den 14. Dezember 1922.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Aue und Umgebung.
Max Fider, Vorsitzender.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Selbmann. Druck u. Verlag Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue.

Nach kurzem Leiden entschlief am Mittwoch nachmittags meine unvergeßliche liebe Gattin, unsere treu-sorgende, gute Mutter und Tochter

Frau Marie Knauer geb. Teller

im 45. Lebensjahre. In tiefster Trauer
Oskar Knauer u. Kinder
nebst Hinterbliebenen.

Auerhammer, den 14. Dezember 1922.
Die Beerdigung findet Sonnabend mittags 12 Uhr vom Trauerhause, aus statt.

Beachten Sie meine vorteilhaften Angebote!

Ernst Korbinsky
Schuhhaus
Reichstraße 12.

Wachstuche
Lederstuche
Tisch - Linoleum

In sämtlichen Breiten.
Spezialhaus
Camillo Gebhardt

Kopfhärwasser
in großer Auswahl
empfiehlt preiswert
Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Wagenplanen u.
Pferdebeden
aus la. wasserbest. Segeltuch
empfiehlt zu billigsten Preisen
Otto Eisner, Johannisorgelstadt.
Bestellungsannahme für Aue:
Kästners Gasthaus.
Reparaturen prompt u. billig!

Piano!
Reparaturen, Stimmungen,
Aufrollen von Pianos,
Fingel usw. führt aus
Paul Friedrich,
langj. Auebauer
der Hauptstr. u. G.
Johannisorgelstadt,
Schwarzenberger Str. B. 1 J.

Schreibmaschinen
liest sofort
C. A. Langguth, Zwilck.
Vertreter gesucht.

Heimatbund-Berein
Aue.
Hauptversammlung
am 21. Dez. 1922 nachm. 5 Uhr
im Stadthause, Zimmer 12.

Auer Druck- und Ver-
lagsgesellschaft m. b. H.

Bei
Auftrag von
Drucksachen aller Art
empfehlen wir unsere der Neu-
zeit gemäß eingerichtete
Druckerei und bitten
um Zuweisung
von Auf-
trägen.

Buchdruckerei
Auer Tageblatt.

Kontoristin
(Anfängerin) sucht Stellung
für 1./1. 23. Ang. u. H. T.
5677 a. b. Auer Tagebl. erbeten

Krönungstaler 1861
Wilhelm König - Augusta
Königin von Preußen,
Bilderstich (2-Markstück)
+ Friedrich I 1701 -
Wilhelm II 1901
zu verkaufen. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle des Bl.

Getrag. Herrenpelz
und Spitzenherbst zu verk.
Darlstein, Bahnhofstr. 159 T.

1 dunkl. Burschenüberzieher
1 Paar Herrenschuhe Gr. 38
1 „ Soldatenstiefel Gr. 38
zu verkaufen.
Zu erf. im Auer Tageblatt

Gebrauch. Hobelbank
laut Schillerstr. 31.

Schwarzer Geldbeutel
mit Goldschmuck am
Sonntag nachm. 5 Uhr.
Gegen Belohnung abzugeben
im Auer Tageblatt.

Apollo-Lichtspiele Aue

Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstraße 17. Fernr.: 768.

Freitag bis Montag, den 15. bis 18. Dezember
die mit größter Spannung erwartete Schluß-Episode
des amerikanischen Zirkus-Sensationsfilm größten Stils
Der Zirkuskönig.

6. Episode:
„Der Preisboxer von Californien“
6 Akte mit Eddie Polo.

„Das blinkende Fenster“
5 Akte
Sensationelle Enthüllungen d. Meisterdetektive
Perry White.

Täglich Anfang 6, letzte Vorstellung gegen 9 Uhr.
Sonntags ab 4 Uhr.

Taschenlampen
Batterien
Hölsen
Birnen

Schwachstrom- u. Kleinbeleuchtungs-
Artikel - Rasierapparate u. -Klingen
Feuerzeuge pp.

liefert zu konkurrenzlosen Fabrikpreisen
C. K. Leupold, Chemnitz, Victoria-Str.
- Nr. 4. -
Verkaufs-Zentrale für Deutschland und Ausland der
Batterie- u. Elementefabrik R. Weber, Chemnitz
Verkaufsdepot für das Erzgebirge
Martin Buckwitz, Schneeberg, Mäh-
- berg.
Fernsprecher 202 - Nebenstelle.

Von angesehenen, bekannter A.-G. wird in
bester Geschäftslage

Laden
ohne Wohnung zu mieten gesucht. - Geboten
wird hohe Abfindung oder Dauerstellung.
Angebote erb. u. H. T. 5688 an das Tageblatt.

Ein Zimmer für Realhüler
für 1. Januar 1923 gesucht.
Angebote unter H. T. 5687 an die Geschäfts-
stelle des Blattes erbeten.

Eine hellgraue Schäferhündin
entlassen.
Gegen gute Belohnung abzugeben
Gert-Rühle Böhntig.

Für den Weihnachtstisch



Lederwaren, Reiseartikeln

in eleganten
bietet die
denkbar größte Auswahl
Spezialhaus Camillo Gebhardt, Aue, Ecke Bahnhofstraße
und Reichstraße.

Familien-Drucksachen
in sauberer Ausführung
liefert schnell u. preiswert
die Buchdruckerei des
Auer Tageblatt.